

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Unterbezirk Wiesbaden
Rheinstr. 22, 65185 Wiesbaden



Antragsbuch

Jahreshauptversammlung

2022

02.07.2022

Inhalt

A. Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik, Europa	2
Wiederaufnahme der Diskussion um Frieden, Zusammenarbeit und Sicherung von Freiheit und Demokratie in Europa und Deutschland	3
Wiederaufnahme der Diskussion um Frieden, Zusammenarbeit und Sicherung von Frei-heit und Demokratie in Europa und Deutschland.....	5
B. Stadt.....	7
Frauen im Stadtbild sichtbar machen - mehr Straßen und Gebäude nach Frauen benennen	8
C. Sozialpolitik	10
Fördern statt verpflichten.....	11
D. Arbeitspolitik.....	13
Mehr Zeit für Dich! Maßnahmen für mehr Zeitsouveränität	14

A. Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik, Europa

3 Antragssteller*in: Ag60 plus der SPD Wiesbaden

4

5 Antragstitel:

6 Wiederaufnahme der Diskussion um Frieden, Zusammenarbeit und Sicherung von
7 Freiheit und Demokratie in Europa und Deutschland

8

9 Die Jahreshauptversammlung der SPD Wiesbaden möge beschließen:

10 Die sozialdemokratische Partei ist dringender denn je dazu aufgefordert, das Thema
11 Friedenspolitik, Zusammenarbeit und Sicherung der Demokratie wieder allgemein in ihrer
12 innerparteilichen und öffentlichen Diskussion in Gang zu bringen und neue programmatische
13 Initiativen zu entwickeln.

14 **Antragsbegründung:**

15 Durch den kriegerischen Angriff von Russland auf die Ukraine ist die SPD argumentativ und
16 inhaltlich in die Defensive geraten. Eine klare Richtung, auch die pazifistische Haltung ist
17 infolge der starken Mediengenwart und einer offensiven bellezistischen Argumentation von
18 CDU, Grünen und westlicher Verteidigungsprogrammatik kaum noch einzuhalten. Die
19 traditionelle SPD-Friedenspolitik von Willy Brandt und die Sicherheitspolitik der letzten 50
20 Jahre werden zunehmend in Frage gestellt. Hinzu kommt, dass ein langfristiges Ziel der
21 aggressiven Politik Russlands und anderer Staaten die Zersetzung und Zerstörung liberaler,
22 demokratischer und menschenrechtlicher Staatssysteme ist. Deshalb muss sich die SPD
23 innerhalb der nächsten Wochen mit Überlegungen zu neuen friedensstrategischen
24 Grundsätzen befassen.

25 Hierfür fordern wir geeignete Formen der Diskussion um Grundsatzfragen, die beginnen
26 könnte mit einem thematisch definierten Unterbezirksparteitag und/oder Tagungen,
27 Workshops, Konferenzen oder Podiumsdiskussionen mit Experten, prominenten Politikern und
28 normalen Bürgern.

29

30 Fragestellungen wären zum Beispiel:

31

- 32 • Ist die zunehmende Stärkung militärischer Sicherung ein geeignetes Mittel, die
33 demokratischen Staatsformen zu erhalten?
- 34 • Welche anderen Möglichkeiten der Verteidigung und Diplomatie hat Deutschland und
35 Europa, um seine demokratische Existenz zu sichern, welche Maßnahmen und Strategien
36 gibt es oder können entwickelt werden, die noch nicht erprobt wurden?

- 37 • Welche Möglichkeiten kann man entwickeln und fördern, um den Frieden in der Welt
38 wieder sicherer zu machen? (z.B. eine gerechtere Entwicklungs- und Handelspolitik, der
39 Kampf gegen globale Armut, gegen Hunger und Umweltzerstörung)?
- 40 • Wie wehren wir uns gegen Angriffe und Unterminierung gegen eine demokratische und
41 soziale Rechts- und Staatsordnung innerhalb und außerhalb der europäischen Union?
- 42 • Braucht die EU eine eigene bewaffnete Streitmacht?
- 43 • Welche Chancen hätte eine offensive Verfechtung pazifischer Grundsätze und das
44 Bestreben, um diplomatische Lösungen angesichts der aggressiven und zerstörerischen
45 Kriegsführung Russlands?

Feststellung der Antragskommission:

...Workshops, Konferenzen oder Podiumsdiskussionen mit Expert:innen, prominenten
Politiker:innen und normalen Bürger:innen.

Beschluss als Resolution in gegenderter Fassung.

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

46

A2

47
48 Antragssteller: OV Wiesbaden-Biebrich

49
50 Antragstitel:
51 Wiederaufnahme der Diskussion um Frieden, Zusammenarbeit und Sicherung von Frei-
52 heit und Demokratie in Europa und Deutschland

53
54 Die Jahreshauptversammlung der SPD Wiesbaden möge beschließen:

55 Die sozialdemokratische Partei ist dringender denn je dazu aufgefordert, das Thema
56 Friedenspolitik, Zusammenarbeit und Sicherung der Demokratie wieder allgemein in ihrer
57 innerparteilichen und öffentlichen Diskussion in Gang zu bringen und neue programmatische
58 Initiativen zu entwickeln.

59 Durch den kriegerischen Angriff von Russland auf die Ukraine ist die SPD argumentativ und
60 inhaltlich in die Defensive geraten. Die traditionelle SPD-Friedenspolitik von Willy Brandt und
61 die Sicherheitspolitik der letzten 30 Jahre werden zunehmend in Frage gestellt. Eine offensive
62 Verfechtung pazifistischer Grundregeln und das Bestreben um rein diplomatische Lösungen
63 hat angesichts der aggressiven und zerstörerischen Kriegsführung Russlands derzeit wenig
64 Überzeugungskraft.

65 Hinzu kommt, dass ein langfristiges Ziel der aggressiven Politik Russlands und anderer Staaten
66 die Zersetzung und Zerstörung liberaler, demokratischer und menschenrechtlicher
67 Staatssysteme ist. Deshalb muss sich die SPD innerhalb der nächsten Wochen mit
68 Überlegungen zu neuen friedensstrategischen Grundsätzen befassen.

69
70 Hierfür fordern wir geeignete Formen der Diskussion um Grundsatzfragen, die beginnen
71 könnten mit einem thematisch definierten Unterbezirksparteitag und/oder Tagungen,
72 Workshops, Konferenzen oder Podiumsdiskussionen mit Experten, prominenten Politikern und
73 normalen Bürgern.

74
75 Fragestellungen wären zum Beispiel:

- 76
- 77 • Ist die zunehmende Stärkung militärischer Sicherung ein geeignetes Mittel, die
 - 78 demokratischen Staatsformen zu erhalten?
 - 79 • Welche anderen Möglichkeiten der Verteidigung und Diplomatie hat Deutschland und
 - 80 Europa, um seine demokratische Existenz zu sichern, welche Maßnahmen und Strategien
 - 81 gibt es oder können entwickelt werden, die noch nicht erprobt wurden?

- 82 • Welche Möglichkeiten kann man entwickeln und fördern, um den Frieden in der Welt
83 wieder sicherer zu machen (z.B. eine gerechtere Entwicklungs- und Handelspolitik, der
84 Kampf gegen globale Armut, gegen Hunger und Umweltzerstörung)?
- 85 • Wie wehren wir uns gegen Angriffe und Unterminierung gegen eine demokratische und
86 soziale Rechts- und Staatsordnung innerhalb und außerhalb der europäischen Union?
- 87 • Braucht die EU eine eigene bewaffnete Streitmacht?
- 88

Feststellung der Antragskommission:

Erledigt durch A1.

- Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz
- Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung
- Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

B. Stadt

A3

89
90 Antragssteller: AsF Wiesbaden

91
92 Antragstitel:
93 Frauen im Stadtbild sichtbar machen - mehr Straßen und Gebäude nach Frauen
94 benennen

95
96 Die Jahreshauptversammlung der SPD Wiesbaden möge beschließen:
97

98 Die AsF Wiesbaden fordert die Genossinnen und Genossen in den Ortsbeiräten und der
99 Stadtverordnetenversammlung auf, zukünftig bei der (Um-)Widmung von Straßen
100 oder Gebäuden dem guten Beispiel des Künstlerinnenviertels folgend bevorzugt
101 Frauen zu berücksichtigen.

102 Begründung:

103 Frauen stellen die Hälfte der Bevölkerung, sind aber bei der Benennung von
104 Wiesbadener Straßen mit 10 % deutlich unterrepräsentiert. Öffentliche Räume wie
105 Straßen, Orte der Begegnung und Orientierung sollten genauso oft nach Frauen wie
106 nach Männern benannt sein.

107 Gerade, wenn es um das öffentliche Erinnern geht, sind Frauen viel zu wenig sichtbar.
108 Das muss sich ändern. Häufig liegt dies nicht am Unwillen, sondern daran, dass zu
109 wenig über Frauen bekannt ist.

110 Dies kann z.B. mit Femorial vom Frauenmuseum Wiesbaden geändert werden. Es
111 können Schriftstellerinnen wie Amely Bölte, Pionierinnen wie Clärenore Stinnes, die als
112 erster Mensch die Welt in einem Automobil umrundet hat oder Elisabeth
113 Schwarzhaupt, die erste Bundesministerin, als Beispiele genommen werden.

114

115 „In Wiesbaden und damit Hessen gab es eine Blütezeit von Protagonistinnen, die die
116 Frauenbewegung vorangebracht haben“, (Kim Engels, Frauenmuseum Wiesbaden) und
117 dies soll sich auch im öffentlichen Raum zeigen.

118

119 Quellen:

120 <https://www.hessenschau.de/kultur/frauenmuseum-wiesbaden-mehr-frauen-bekommen-eigene-strassenschilder,femorial-wiesbaden-100.html>

121
122 <https://www.frauenmuseum-wiesbaden.de/de/node/51>

Feststellung der Antragskommission:

Die SPD Wiesbaden fordert die Genossinnen und Genossen in den Ortsbeiräten und der Stadtverordnetenversammlung auf,...

Annahme in geänderter Fassung.

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

C. Sozialpolitik

123

124
125 Antragssteller: Jusos Wiesbaden

126
127 Antragstitel:

128 Fördern statt verpflichten

129
130 Die SPD Wiesbaden möge beschließen:

131 Wir lehnen ein Pflichtdienstjahr, in etwa der Ausgestaltung vor Aussetzung der Wehrpflicht
132 oder einem pflichtmäßigen Zivildienst für junge Erwachsene ab.

133
134 Wir erkennen folgende zwei Punkte als wesentlich für das Engagement der Jugendlichen an.

135
136 Die junge Generation hat in den vergangenen zwei Jahren vollumfänglich unter Beweis
137 gestellt, dass sie solidarisch zur Gemeinschaft ist und ihren Beitrag für eine gelingende
138 Gesellschaft trägt. Den Heranwachsenden nun ein weiteres Jahr der Selbstbestimmung zu
139 nehmen ist nach zwei Jahren Pandemie unzulässig.

140
141 Nach Stand des letzten Freiwilligen-Surveys des Bundesministeriums für Familie, Senioren
142 Frauen und Jugend ist die Gruppe der 14-29-Jährigen sogar mit am meisten ehrenamtlich
143 engagiert¹. Dieses Engagement reicht von der freiwilligen Feuerwehr, dem Kerbverein oder
144 dem klassischen Sportverein bis hin zu Diensten bei der Schüler-Nachhilfe oder nur zu
145 Gesprächen bei Seniorinnen und Senioren.

146
147 Sozialdemokratie bedeutet, den Wert der Arbeit nicht nur im Entgeltlichen Bereich zu sehen,
148 sondern für uns ist Arbeit auch grundlegendes Mittel zur gesellschaftlichen Teilhabe und
149 Beitrag einer jeden arbeitenden Person zum Gemeinwohl. Durch die eigene Produktivität wird
150 in der arbeitsteiligen Gesellschaft Wert geschaffen, den jeder Anteilig an die Gemeinschaft
151 abgibt – sei es in Form von Steuern oder Sozialabgaben.

152
153 Wir fordern: Ehrenamt ermöglichen

154
155 - Entlastung für junge Erwachsene in ihrer Ausbildung und im Studium, sodass genug
156 Zeit bleibt, um bspw. neben Studium und verschiedener Nebenjobs auch noch zu engagieren.
157 Dazu gehört günstiger Wohnraum (in Form von Studi- und Azubiwohnheimen) und ein
158 elternunabhängiges BAföG für Studierende.

¹ In der Bevölkerungsgruppe der 18-19-Jährigen liegt die Quote bei 46,9% und bei 30-49-Jährigen bei 47%

159 - Schon vor Corona, nun aber noch schlimmer, arbeiten Vereine am Limit. Wir fordern
160 mehr Fördergelder und Unterstützung für Vereine.

Feststellung der Antragskommission:

Erster Satz Antragstext - Rest Begründung

Ergänzung Satz 1: Stattdessen wollen wir Jugendliche in Ausbildung und Studium entlasten und somit das freiwillige Ehrenamt weiter stärken.

Diskussion in der geänderten Fassung.

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

D. Arbeitspolitik

A5

161

162 Antragssteller: Jusos Wiesbaden

163

164 Antragstitel:

165 Mehr Zeit für Dich! Maßnahmen für mehr Zeitsouveränität

166

167 Zur Weiterleitung an: SPD-Hessen, SPD-Fraktion im hessischen Landtag, SPD-Bundesvorstand,
168 SPD-Fraktion im Bundestag

169 Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

170 Die Wiesbadener SPD fordert die Umsetzung der folgenden Maßnahmen, um die
171 Zeitsouveränität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken:

- 172 • Die Einführung der 30-Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich.
- 173 • Wege zur Arbeit und wieder zurück, sollen in die Arbeitszeit mit einbezogen werden.
- 174 • Fällt ein Feiertag auf einen Sonntag, soll er am darauffolgenden Montag nachgeholt
175 werden.

176 Antragsbegründung:

177 Die aktuelle Ausgestaltung der Arbeitszeit ist im letzten Jahrhundert stecken geblieben. Für
178 uns muss das bedeuten, dass wir auch diesen Aspekt der Arbeitswelt in den Blick nehmen und
179 modernisieren. Die vorgeschlagenen Maßnahmen haben alle das Potential den
180 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr zeitliche Selbstbestimmung zu ermöglichen.
181 Dazu haben Sie auch einzeln gesehen entscheidende Vorteile.

182 Die 38 Stunden Woche ist ein Relikt aus der Zeit der Alleinverdiener, in der eine Person das Geld
183 verdient hat und sich die andere Person um den Haushalt gekümmert hat. Diese Zeiten sind
184 vorbei, doch die Arbeitszeit hat sich nicht an die neue Realität angepasst. Gleichzeitig haben
185 Studien gezeigt, dass durch die Arbeitszeitverkürzung Produktivität und Qualität der Arbeit
186 steigen, außerdem sinkt der Krankenstand.

187 Auch sollte der Arbeitsweg zukünftig zur Arbeitszeit zählen. Die Zeit, die die
188 Arbeitnehmer:innen für den Arbeitsweg benötigen, ist keine Zeit, die sie für sich nutzen
189 können. Gerade in Zeiten der Digitalisierung sollten Arbeitswege, da wo es möglich ist, auf ein
190 Minimum reduziert werden. Sobald die Zeit für den Arbeitsweg auch Teil der Arbeitszeit ist,
191 haben Arbeitgeber:innen eine starke Motivation mehr Homeoffice zu ermöglichen und es
192 werden unnötige Wegstrecken vermieden.

193 Durch das Nachholen von Feiertagen könnten wir für die Arbeitnehmer:innen die zu
194 erwartende Jahresarbeitszeit stabilisieren. So müssen Arbeitnehmer:innen nicht mehr durch
195 den „Zufall“ des Kalenders unter einer längeren Jahresarbeitszeit leiden.

Feststellung der Antragskommission:

Zeile 174: Konzepte zur Vermeidung von unnötigen Arbeitswegen, zu erarbeiten. Dazu gehört möglichst viel Homeoffice zu ermöglichen und festzuschreiben.

Zeile 175: Fällt ein Feiertag auf einen Sonntag, soll er am darauffolgenden Montag nachgeholt werden. Dies gilt nicht für Feiertage, die immer auf einen Sonntag fallen.

Zeile 183: Die 40 Stunden Woche...

Diskussion in der geänderten Fassung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung